

Schluß mit dem Fall Max Hoelz!

Von Dr. Julius Moses,

Vorsitzender im Reichsbegnadigungsausschuß.

Angesichts der Weisheitslosigkeit deutscher Gerichte gegenüber offenkundig hochverräterischer Unternehmungen von rechts, wie sie mit der Einstellung des Verfassers gegen Claf und den im Münchener Untersuchungsausschuß zutage getretenen Praktiken neuerdings bewiesen ist, wird es unumgängliche Pflicht, durch die Begnadigung der viel zu hart, häufig ohne alles Verständnis für die politische und wirtschaftliche Situation der Zeit jener Straftaten, verurteilten politischen Gefangenen von links dem Gerechtigkeitsbedürfnis sehr breiter Bevölkerungsschichten ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen. Will man schon nicht an eine umfassende politische Generalamnestie heran, so muß das Mittel der Einzelbegnadigung wie in Preußen, so auch in anderen Ländern mit kräftigerem Elan angewendet werden, als es bisher geschehen ist. Es ist kaum erträglich, daran zu denken, daß in den Justizhäusern noch eine größere Zahl von Arbeitern sitzt wegen ihrer Beteiligung an den Aufständen von 1921. Man lasse doch einmal die moralische Entrüstung darüber beiseite, daß bei den Kampfhandlungen damals auch Gewalttaten vorgekommen sind. Karl Pläner, der wegen Organisation von Expropriationsbanden zehn Jahre Zuchthaus erhielt, ist seiner Natur nach alles andere als ein Schwerverbrecher; er hat im Zuchthaus ein sehr wertvolles Werk sexualwissenschaftlichen Charakters verfaßt, aber es scheint, als wolle man ihm noch jahrelang täglich ins Bewußtsein hämmern, daß es etwas anderes ist, ob er mit Proletariern verkehrte oder die Bourgeoisie anwandte, oder ob bürgerliche Jünglinge Arbeiter ausraubten, wie es beim Hitlerputsch in München geschehen ist, ohne daß dafür auch nur ein Tag hätte abgelesen zu werden brauchen.

Wie unsinnig ist es, die in den Erregungsliefern vor sieben Jahren gefällten Urteile der Sondergerichte heute einfach mechanisch weiter wirken zu lassen, weil sie nun eben auf zehn oder zwölf oder fünfzehn Jahre gelautet haben, wird am deutlichsten, wenn man an den damals gefürchtetsten aller aufständischen Proletarier denkt, der denn auch die höchste Strafe erhielt und nach dem Willen des Sondergerichts überhaupt nie wieder aus dem Zuchthaus herausgelassen werden soll, an Max Hoelz. Erinnern wir uns des Tatbestandes. Hoelz galt bei allen Spießbürgern als Räuberhauptmann, Mordbrenner, blutrünstiger Dynamitard und finsterner Unhold. In Wirklichkeit warf er sich zum Oberkommandierenden revolutionärer Partisanenscharen auf, der den Feind im Bürgerkrieg mit den gleichen Kampfmethoden zu besiegen suchte, die die Sipo gegen seine Rotarmisten anwandte und die beide Teile im Kriege gelernt hatten. Dabei ist erwiesen, daß Hoelz jede unnötige Grausamkeit sorgsam vermied, bei Requisitionen und Kontributionen nie einen Pfennig in die eigene Tasche leitete und daß er — das haben ihm vor Gericht die gegnerischen Offiziere bestätigt — seine militärischen Aktionen mit ungemessener Umsicht und ausgesprochenem strategischen Talent einleitete und durchführte. Der Aufstand in Mittelfrankland wurde niedergeschlagen, Hoelz fiel ein paar Wochen später in die Hände der Polizei.

Nachdem er verhaftet war, wurde eine Auslobung erlassen, wonach 50 000 Mark Belohnung demjenigen zugesichert wurden, der belastendes Material gegen Hoelz beibringen könnte. Der Vorgang ist ohne Beispiel, daß eine Behörde gegen einen Gefangenen, den sie dem Publikum als schlimmsten aller Übeltäter aufflagert hat, nachträglich durch Auslieferung einer hohen Prämie belastendes Material zu beschaffen sucht. Nun waren während des Hoelz'schen Feldzuges außerhalb der eigentlichen Gefechtsverhandlungen im ganzen zwei Personen zu Schaden gekommen; ein Kaufmann in Eisleben wurde am Arm verwundet und ein Gutsbesitzer Hef wurde, als die Truppe in seinem Gehöft Mäntel requirieren wollte, in dem dabei entstandenen Tumult getötet. Nach der Auslobung fanden sich natürlich Zeugen ein, die behaupteten, beide Gewalttaten seien von Hoelz persönlich begangen, und das Gericht hat tatsächlich als erwiesen angenommen, daß die beiden einzigen Fälle des Waffengebrauchs außerhalb der offenen Kämpfe in einer Truppe von etwa tausend Mann ausgerechnet von dem Führer der Truppe in eigener Person begangen seien und hat darauf sein ungeheuerliches Urteil aufgebaut.

Die von Hoelz' Freunden, besonders von seinem früheren Anwalt, Justizrat Viktor Graenkel, mit außerordentlicher Sorgfalt angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die Schüsse, die die lebenslängliche Einlieferung begründen mußten, nicht von Hoelz abgegeben worden sind, daß er sogar alles versucht hat, um seine Leute von Unüberleglichkeiten zurückzuhalten. Ob jedoch bei den geltenden Bestimmungen über die Zuständigkeit eines Wiederanfahrverfahrens das bis jetzt herangebrachte Material ausreichend zur juristischen Rekonstruktion anerkannt werden wird, wissen wir nicht. Und ob das Geständnis des Bergmanns Fricke, daß er es gewesen sei, der den Gutsbesitzer Hef erschossen habe, Voraussetzungen für ein Wiederanfahrverfahren des Falles Hoelz schafft, wissen wir ebenfalls nicht. In der Leiche des Getöteten wurden nicht weniger als 18 Projektilen gefunden und im sogenannten Scheideter-Prozess vor dem Sondergericht in Halle ist ein Arbeiter Willy Günther, der später im Zuchthaus tödlich verunglückt ist, wegen Beihilfe zum Totschlag an dem Gutsbesitzer Hef verurteilt worden. Wir wissen also nicht, ob die neu bekannt gewordenen Tatsachen des Reichsgerichts, das nach formaljuristischen Erwägungen entscheidet, zur Einleitung des Wiederanfahrverfahrens veranlassen, obwohl sie überführende Kraft zu haben scheinen.

Die Aufrechterhaltung des Urteils jedoch, zumal die Fortsetzung der Verbüßung ins achte Straffahr hinein, verletzt das Rechtsempfinden in solchem Maße, daß die schleunige Freisetzung von Max Hoelz auf dem Wege kurzentschlossener Begnadigung unbedingt geboten erscheint. Das Verfahren gegen den Aufständigen während der Untersuchung und während der Freilassungsverhandlung selbst, fand keinerlei völlig im Zeichen der Sanft. Man hat Hoelz in Berlin verhandelt, obwohl hier weder ein Wohnort war, noch seine Strafhandlungen hier begangen waren (Strafprozessordnung §§ 7 und 8). Diese Verletzung der Gerichtsstandsbestimmungen fällt umso mehr ins Gewicht, als die übrigen Beteiligten am mittelfränkischen Aufstand, gerade soweit sie an den Hoelz'schen Aktionen unmittelbar beteiligt waren, von dem zuständigen außerordentlichen Sondergericht in Halle abgeurteilt worden sind. Die in jeder Hinsicht zusammenschließenden Verhandlungen wurden dadurch auseinandergerissen, so daß beispielsweise in der erwähnten Angelegenheit Willy Günther

Hoelz nicht gehört wurde und im Prozeß Hoelz von der Sache Günther anscheinend überhaupt nichts bekannt war. Dazu kommt nun die unerhörte Form der Herbeischaffung von Belastungszeugen, die ohne weiteres alle belastenden Aussagen verdächtigt machen muß, da sie von dem Anwalt einer kolossalen Geldprämie, mindestens unbewußt, beeinflusst sein konnten. Tatsächlich haben später sämtliche Zeugen, die in der Angelegenheit Hef positive Beschuldigungen gegen Hoelz vorgebracht haben, diese Belundungen erheblich modifiziert und teilweise völlig widerrufen. Schon bei der Gerichtsverhandlung selbst lagen bei mehreren Zeugen einander krass widersprechende Aussagen vor, so bei der Witwe des Hef selbst, die Hoelz bald als den Mörder ihres Mannes bestimmt wiederzuerkennen behauptete, und ebenso oft erklärte, er sei es bestimmt nicht gewesen. Das Gericht nahm in allen Fällen nur die belastenden Aussagen als ermittelte an. Endlich erinnere man sich an das Auftreten des Angeklagten vor dem Gericht. Hoelz hat sich damals offen zu seinen Taten bekannt, hat sich ihrer im Bewußtsein seiner politischen Überzeugung, durch die er sich zu seinen Kriegszügen verpflichtet hielt, laut gerühmt und hat, das müssen auch seine Gegner anerkennen, einen großen Bekennermut gezeigt. Die ihm vorgeworfenen Mordtaten aber hat er mit der größten Entschiedenheit bestritten, und seine Erklärung, daß er sie, hätte er sie begangen, mit demselben Freimuth zugegeben hätte, wie alle anderen Delikte, hat die größte innere Glaubwürdigkeit. Wer den Mann persönlich einmal gesprochen hat, wer seine veröffentlichten und nicht veröffentlichten Briefe kennt, weiß, daß hier eine heißblütige Natur von unbedingter Wahrheitsliebe sein Recht verlangt.

Der Einwand, die Freilassung solcher explosiver Charaktere wie Hoelz, lasse die Gefahr neuer Unruhen in Deutschland besorgen, ist ganz abwegig. Revolutionäre Temperamente brauchen revolutionäre Situationen, um sich in ihrem Element ausleben zu können. Die revolutionäre Situation von 1921 liegt weit hinter uns; sie wäre nur noch eine geschichtliche Erinnerung, wenn wir nicht selber ihre Reste in den Zuchthäusern galvanisieren und dadurch die Vergangenheit in die lebendige Gegenwart mit hinüberzögen. Macht einen Schlupfstrich unter die Ereignisliste, die ein Viertel Menschenalter zurückliegen, macht Schluß mit dem gar nicht mehr wirklichen „Fall Max Hoelz“!

Neuer Wahnsinn der Sozialdemokratie.

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 30. Januar. (Eigener Fundbericht.)

Am Sonntag fanden in Mecklenburg-Strelitz die Neuwahlen zum Landtag statt. Der am 4. Juli vorigen Jahres gewählte Landtag hatte sich am 19. Dezember auf Grund eines Urteils des Staatsgerichtshofes über die Beschlüsse der Splitterparteien aufgelöst. Das Ergebnis der Wahl ist eine weitere Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen, während sowohl die Deutschnationalen als auch die Kommunisten neue Verluste zu verzeichnen haben. Im Vergleich zu den Reichstagswahlen in Mecklenburg-Strelitz im Jahre 1923 erhöhte die Sozialdemokratie am Sonntag ihre Stimmenzahl von 11 304 auf 19 254. Der gleiche Vergleich ergibt dagegen für die Kommunisten einen Rückgang von 8582 auf 3564 Stimmen und für die Deutschnationalen von 14 968 auf 10 606. Noch katastrophaler als für die Kommunisten ist das Ergebnis für die Völkischen. Sie sind im Bereiche von vier Jahren von 12 366 Stimmen auf 1950 Stimmen herabgegangen. Auch die Volkspartei und die Demokraten haben im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen starke Verluste zu verzeichnen. Sieger auf der ganzen Linie ist ausschließlich die Sozialdemokratie.

Die Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen bei der gestrigen Wahl kommt in einem Zuwachs der Mandatziffer von 12 auf 13 für die Sozialdemokratie zum Ausdruck. Schon bei den Juliwahlen hatte die sozialdemokratische Partei verhältnismäßig große Gewinne zu verzeichnen. Das Mecklenburger Ergebnis zeigt also, daß die Zeit für die SPD. arbeitet, und diese um so besser fahren wird, je länger der gegenwärtige Bürgerkrieg dem Volke seine „Regierungstunke“ beweist. Die Kosten dieser Politik haben in erster Linie die Deutschnationalen zu tragen. Sie verloren auch schon bei den Landtagswahlen im Juli des vergangenen Jahres. Was für die Sozialdemokratie im positiven Sinne gilt, das hat für sie im negativen Sinne Bedeutung. Dort fortgesetzte Steigerung der Stimmen, hier fortgesetzter Rückgang. So blieben den Deutschnationalen in Mecklenburg-Strelitz statt bisher 10 nur 9 Mandate. Die Kommunisten, die bisher 3 Mandate hatten, werden in Zukunft nur noch mit 2 Mandaten vertreten sein. Der Aufwärtssprung der Partei, die zum ersten Male in Mecklenburg-Strelitz kandidierte, gelang es, ein Mandat zu gewinnen.

Gegen Bazilles Reichsverratsdrohung.

Wann ein Franzosenabkümmling den Deutschnationalen spielt.

Stuttgart, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im württembergischen Landtag kam es am Sonnabend bei der Besprechung der Rede, die Staatspräsident Bazille auf der Vändertagung in Berlin gehalten hatte, wiederholt zu förmlichen Auseinandersetzungen.

Bazille war die Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erst gar nicht, sondern nahm sofort zu Beginn der Sitzung das Wort, um die Interpellation überflüssig zu machen. Er behauptete zu diesem Zweck, daß er der Presse nur ein Stück seiner Rede zur Veröffentlichung übergeben habe, in Berlin jedoch über verschiedene Entwürfe gemacht und Ergänzungen gegeben hätte, die dem gegen ihn erhobenen Vorwurf entkräfteten. Hinsichtlich der Stellung zum Föderativ- oder Einheitsstaat hätte er gesprochen. Der Ausgangspunkt seiner Betrachtungen sei gewesen, daß heute die Wirklichkeit und die nur für sie maßgebenden Gesichtspunkte das Leben der Nation zu sehr überwiegen und sich eine zu feste Reigung zur Abstraktion zeige, die aber nirgendwo gefährlicher sei als in der Politik. Daraus ergebe sich dann auch die ungenutzte Gefahr, auf die er verweisen habe. So sei er zu den Worten gekommen: der Doktrinismus der Unitarier verbanne sich mit dem Sozialstaat. Die Ledigen Kapital und Sozialismus würden hier zusammen und so entständen Gefahren, da sie ihr Ziel durch mehr oder weniger sanften Druck oder auf Umwegen zu erreichen suchten. Das könnten sich die Länder nicht gefallen lassen und so werde es zu innerdeutschen Unruhen kommen, die dem Lande den Anstoß geben könnten, sich einzumischen. In diesem Sinne einer Befürchtung und nicht einer Drohung habe er von einer europäischen Brandgefahr gesprochen. Auch der preussische Ministerpräsident habe sich ähnlich geäußert und die Spaltung des Reiches, die Neubildung der Balkanliga für den Fall anzunehmen, daß der Einheitsstaat durch den Beschluß einer Vollversammlung herbeigeführt werden sollte. Auf diese Rede verdrängte er Bazille aus dem Hause heraus (sogar die richtige Antwort Otto Braun hat damals nur gegen einen einzigen

Stimmen: Plon, den Höppler-Mischoff entwickelte, resprochen, nicht über den Eingekerkert als politisches Ziel grundsätzlich abgelehnt.

Auf die lauten Ausreden des Franzosenkämmlings Bazille erwiderte namens der Sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Dr. Schuhmacher. Dabei wurde die ganze „staatsrechtliche und politische Einstellung“ dieses Pseudo-Germanen einer gründlichsten kritischen Betrachtung unterzogen. Bazille habe, so führte Schuhmacher aus, jetzt in Berlin die Rede gehalten, die so halten der bayrische Hoelz zu Flug gewesen sei. „Organisch“ sei für Herrn Bazille alles, was den Schuh von Privatlegien bilde, „mechanisch“ ersehe ihm alles, was dagegen ankämpfe, vor allem die Arbeiterbewegung. Er verwechselte die Begriffe Stamm und Nation und mißverstehe völlig die politischen Ziele Bismarcks. Die Abgrenzung der deutschen Staaten sei absolut unorganisch. Die deutsche Volkskraft habe sich 1914 nicht wegen, sondern trotz des Föderativ-Staates offenbart, denn das Volk sei marschiert wegen des Staates Reiches, nicht aber wegen des Bundesrats. Die kulturelle Entwicklung der einzelnen Länder sei von der Frage der Erhaltung einer Staatspersönlichkeit ganz unabhängig. Das beweise das Schicksal Preussens, das kulturell perzide, während die Provinzstadt Frankfurt am Main aufblühe. Die endgültige Gestaltung des Reiches stehe nach der Verfassung dem Volke zu. Die Androhung, sie sich nicht gefallen zu lassen, sei eine

Drohung gegen die Verfassung, also Hochverrat.

Das württembergische Volk verbiere es sich, durch solche politischen Tendenzen in den Strudel nationaler Entwürdigung hineingezogen zu werden. Ein Föderativ aufgelöstes Deutschland wäre das Ziel der Antenne gewesen, wie der Briefwechsel zwischen Delcassé und Jowoffski beweise. Bazille habe jetzt das Ausland mit der Nase darauf gestoßen, daß in dieser Hinsicht noch etwas zu machen sei. Der heutige Berlin, die in Berlin gehaltene Rede abzuschwächen, könne den Effekt der schweren reichspolitischen Schädigung nicht mehr befeitigen. Es wäre nur das Glück Deutschlands, daß die Staatsmänner des Auslandes nicht so katastrophalüchtig seien, wie Bazille. Der Hintergrund seiner partikularistischen Einstellung bilde Klassenkämpferische Tendenzen, gegen die sich die Sozialdemokratie mit aller Schärfe wenden müsse.

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie zeigte sich das württembergische Zentrum als treuer Koalitionsfreund von Bazille. Die Ausführungen seines Redners waren so exzitem, daß es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Die Demokraten wandten sich ebenfalls in äußerster Schärfe gegen die in der Presse erschienene Ausführung des „Staatsmannes“ Bazille. Immerhin wurden die von sozialdemokratischen und demokratischen Seite gegen Bazille eingereichten Anträge von der Bürgerkammer Mehrheit niedergestimmt. Bazille wird sich jetzt vielleicht darauf berufen, daß ihm die Mehrheit des Landtages trotz seiner Rede auch weiterhin das Vertrauen ignoriert. Das stimmt, soweit die Mehrheit des Landtages in Frage kommt, aber nicht von der Mehrheit des Volkes. Die gegenwärtige Landtagsmehrheit entspricht schon längst nicht mehr der Volksstimmung.

Preußen gegen den Postenfleber

Eine Denkschrift der Preussischen Regierung zum Fall Luther.

Berlin, 28. Januar. (Eigener Bericht.) Der preussische Ministerpräsident hat dem Landtag am Sonnabend eine Denkschrift über den Streit zwischen dem Reich und Preußen über einen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn vorgelesen. Diese klare und eindeutige Denkschrift ist in gleichem Maße peinlich für Herrn Dr. Luther wie für seinen Misnathfolger Dr. Marx. Vor allem aber zeigt sie, daß dieser Kanzler des Bürgerblocks immer nur mit Halbheiten arbeitet und sich niemals zu einer wirklich energiegelassen Maßnahme aufzuraffen vermag.

Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß Luther nicht allein des einträchtigen Geschickes wegen an seinem Posten klebt. Er ist schließlich dorthin gestellt worden als Exponent der Schwerindustrie, deren Interesse er in den letzten Jahren immer hervorragend vertreten hat. Auch heute noch genießt er das unerschütterliche Vertrauen der deutschen Schwerindustriellen, und es ist deshalb kein Wunder, daß die Presse der Reichspartei sich mit aller Energie für die weitere Mitbestimmung der Schwerindustriellen im Verwaltungsrat der Reichsbahn einsetzt.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Kampf der Preussischen Regierung um das ihr vom Staatsgerichtshof als rechtmäßig anerkannte Mandat im Verwaltungsrat der Reichsbahn ein Kampf von außerordentlicher politischer Bedeutung. Braun vertritt in diesem Kampf die Interessen des Preussischen Staates gegenüber den Kräften der Schwerindustrie. Nur wenn Preußen wie Sagen und Sachsen endlich auch seinen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn erhält, ist es in der Lage, in den wichtigen Fragen der Tarifpolitik Auge in Auge der Schwerindustrie mit ihren maßlosen Forderungen gegenüberzutreten. Von diesen Tariffragen hängen schließlich in vieler Hinsicht die Preise der wichtigsten Konsumgüter ab, und daraus ergibt sich letzten Endes auch das Interesse der Millionen von Konsumenten aus dem minderbemittelten Bevölkerungsschichten und insbesondere der Arbeiterschaft an einer baldigen Lösung des Streites im Sinne Preußens. Der Kampf um den preussischen Sitz im Verwaltungsrat ist so auch ein Kampf um wichtige öffentliche Interessen, von denen Millionen deutscher Arbeitnehmer berührt werden. Es ist für die Preussische Regierung und insbesondere für ihren Ministerpräsidenten nur ehrenhaft, daß sie entschlossen ist, diesen Kampf um die Interessen des arbeitenden Volkes anzufechten.

Vom Schred-Prozess.

Die Aussage des Bazillischen Meziens.

Leipzig, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem Landesverratsprozess Schred und Genossen wurde am Sonnabend nachmittags unter größter Spannung der Schriftsteller Meziens, gegen den ebenfalls eine Anzahl Landesverratsverfahren eingeleitet sind, als Zeuge vernommen. Meziens erließ erst, nachdem ihm vom Oberreichsanwalt freies Geleit zugesichert worden war.

Der Zeuge ist Ende 1925 in Berlin mit einem politischen Bazillischen zusammengekommen. Dieser hat angeblich erklärt, daß die politische Delegation im Reich einer Denkschrift sei, die viele Probleme der Landesverteidigung behandelte. Anfang 1926 habe er zwei solcher Blätter aus den Händen dieses Bazillischen erhalten. Er habe diese Dokumente von vornherein für gefälscht gehalten. Die Schriftstücke seien ihm zur Zeit der Völkertagung in Genf vorgekommen. Während dieser Tagung habe er sich in Genf u. a. mit einem Italien Fascistowski getroffen. Dieser Mann, hätte sich ihm sehr ausführlich angeschlossen. So daß er ihn sofort als politischen Spion einschätzte. Deshalb habe er auch jeden weiteren Verkehr mit ihm abgebrochen. Die Dokumente, die er (Meziens) im Schred akribiert hätte wären von ihm veröffentlicht worden. Mit Schred habe er nie etwas zu tun gehabt.

Meziens von politischen Unruhen überlassen.

Berlin, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der am Sonnabend in Leipziger Landesverratsprozess vernommene Schriftsteller Karl Meziens wurde am Abend des gleichen Tages, als er sich von Leipzig nach Berlin begeben wollte, auf dem Leipziger Hauptbahnhof von Polizeibeamten überfallen. Meziens wurde festgenommen und an den Augen nicht unbeschädigt. In der Vernehmung dieses Meziens erklärte er, daß er die Dokumente, die er (Meziens) im Schred akribiert hätte, von einem Namen der Genossen Meziens

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Januar 1928.

Der Kreuzzug des Weibes.

Der Film, der am heutigen Montag, abends 8 Uhr, im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52, läuft und zu dem die Genossin **Marie Schneider** in Berlin einen erläuternden Vortrag hält, behandelt in ergreifenden Bildern ein besonderes Kapitel aus der langen Leidensgeschichte der Frau. Er zeigt die tragischen Folgen der heutigen Festschreibung, die jede Unterbrechung der Schwangerschaft unter schwere Strafe stellt.

Das lebenswahre Schicksal einer Proletariermutter zieht an uns vorüber — trotz ihrer wirtschaftlichen Not und schwachen Gesundheit muß ihr der Arzt, dem Gesetze folgend, seinen Beistand verweigern und so wird sie das Opfer eines unsachgemäßen Eingriffes. Auch ihr Mann wird mit in die Tragödie hineingezogen — eine Arbeiterfamilie mehr, eine, die als Beispiel für Tausende gelten kann, die im Namen des Gesetzes zerbrochen wird.

Wir sehen auch die Qualen des vergewaltigten Mädchens, das ohne Liebe, ohne Glück, Opfer eines brutalen Verbrechens Mutter werden soll.

Die Rollen des Dramas sind von Darstellern verkörpert, die tiefe Wirkung auslösen — nur eines sei kritisch gesagt, daß die Tragik des Lebens noch schwerer ist, als der Film, der bestrebt ist, zu verführerischen Lösungen zu gelangen.

Jeder Mann und jede Frau sollte heute abend diesen Filmvortrag besuchen. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pfennige, für Parteimitglieder 10 Pfennige.

Wie Breslau wurde.

Das Statistische Amt der Stadt Breslau gibt alljährlich ein „Kleines Statistisches Taschenbuch“ heraus, das wissenschaftliche Zahlen über alle möglichen Dinge enthält. Neulich ist das Bändchen für 1927 erschienen. Wir finden darin Mitteilungen über die Einwohnerzahl der Stadt Breslau im Zeitpunkt verschiedener geschichtlicher Begebenheiten, nach verschiedenen Quellen gelehrt. Beim Uebergang der Stadt an die Krone im Jahre 1439 hatte Breslau rund 20 000 Einwohner, 1525, als das Allerheiligen-Hospital gegründet wurde, waren es rund 35 000. Am Ende des dreißigjährigen Krieges, 1648, war die Einwohnerzahl auf 30 000 gesunken. 1741 wurde Breslau mit 40 000 Einwohnern preussisch. Zehn Jahre später wurde es von den Oesterreichern erobert, die Einwohnerzahl betrug damals 56 000. In den folgenden Jahren gab es wieder einen Rückschlag, denn 1765 waren es bei Errichtung einer königlichen Bank nur noch 53 000. 1787 kam die neue Magistratsordnung bei einer Einwohnerzahl von 54 000. 1804, bei Gründung der Gesellschaft für vaterländische Kultur, sind 67 000 verzeichnet. Ein neuer Rückschlag stellte sich mit den Kriegen ein, die Franzosen eroberten Breslau 1807 mit 62 000 Einwohnern. Nach der Vereinigung der fünf Vorstädte mit der Stadt waren zwei Jahre später 64 500 Einwohner vorhanden. 67 000 waren es, als 1813 die alten Festungswerke an die Stadt übergeben wurden. 1825 wurde der erste öffentliche Provinziallandtag in Breslau abgehalten; Einwohnerzahl 87 500. Als dann 1831 zum ersten Male die Cholera in Breslau ausbrach, hatte die Stadt 89 500 Einwohner.

1842, bei Eröffnung der ersten Eisenbahn in Breslau, war die Großstadtkiffer von 100 000 erreicht. Seitdem hat sich die Einwohnerzahl fast verdreifacht — leider aber nicht etwa das Wohlergehen der Bürgerschaft. Der aufkommende Kapitalismus hat das moderne Großstadtleben, dessen Ueberwindung unsere heutige Aufgabe ist.

Groß-Razzia auf dem Hauptbahnhof.

Die Tatsache, daß die Verkehrshalle und die Wartehalle des Hauptbahnhofes in letzter Zeit ein beliebter Tummelplatz für leuchtend leuchtendes Gesindel geworden sind, gibt der Kriminalpolizei Anlaß, von Zeit zu Zeit im Einvernehmen mit der Reichsbahndirektion Razzien vorzunehmen. Die erste durchgeführte Razzia fand am Sonntag morgen gegen 4 Uhr statt. Unter Leitung des Sühnekommandos wurden 70 Schutzpolizisten und 30 Kriminalbeamte eingesetzt, die mit Eiskraftwagen nach dem Hauptbahnhofe transportiert wurden und sofort planmäßig die Ein- und Ausgänge, sowie die Zugänge zu den Bahnsteigen überprüften. Nach einer Pause von 15 Minuten, die dem Wächter der Bahnhofswirtschaft zur Kassierung gegeben wurde, ging es zur Prüfung der Wartehalle, die den Eindruck vollbesetzter Nachtställe erweckten. Die Inhaber von Fahrkarten nach Brodau, Gloggnitz und Deutsch-Witz, sowie die Besitzer von Bahnsteigkarten wurden in gleicher Weise auf ihre Personalien geprüft, wie alle in Fahrkarte angetroffenen Personen, von denen sich viele im ersten Augenblick eine Karte nach dem Odetorbahnhof lösten, in

Kunst und Wissenschaft.

Kunstaussstellung der juristischen Arbeitsgemeinschaft Schlesiens. Ausstellungshalle Christophoriplatz.

Wenn auch bei Ausstellungen einer so frei zusammengelegten Gruppe nicht jede neue Schau besondere Entdeckungen bringt, so ist doch für das künstlerische Leben immer zu begrüßen, wenn es Schaffen der schon Bekannten und anderer erstmalig vorstellen sich der Beobachtung darbietet und es ist auch in dieser ersten Ausstellung der zünftigen Arbeitsgemeinschaft interessant, verschiedene eingestellten Kräfte gegeneinander abzumäßen. So bei einer Reihe von Künstlern das Stillleben und Bildnis anders benutzend und auch gegliedert, wie von E. Buchwald ein Stillleben, dergleichen von A. Haberfeld, von J. Haberfeld ein Blumenstillleben, von H. Pöhl ein Stillleben mit Vase, von G. Hof ein Stillleben mit Zitrone. Hier ist die Formenstrenge und die Vereinfachung der Farbe überzeugend, während sie in der Landschaft gelegentlich eine zu starke Abkürzung mit sich bringt. Dies scheint bei H. Pöhl der Fall, vielleicht auch manchmal bei dem frisch temperamentvollen und wirklich lebenden Scheu. Deshalb ist es zu verstehen, wenn W. Gornitz keinem „Kreuzerleben“ oder dem „Abend an der Oder“ härtere malerische Bewegung statt der geistlichen Betonung und raumtätigen Komposition gibt oder eben so A. Marcus-Ephraim ihren Bildnissen. A. Mischke bewährt sich im Landschaftlichen und man wird W. Braun nicht allzu weit davon abzuweichen haben. Nicht so persönlich erscheinen die Landschaftsbilder von O. Kalina und die in Komposition und Farbe nicht so befriedigenden Arbeiten von J. Kon. Es ist erfreulich, daß die Ausstellung sich nicht unter einen Generalnamen, etwa den neuen Sachlichkeit, bringen läßt. Bei einigen der schon genannten ist die besondere Note bekannt. E. Bartolich ist in der Farbe allerdings unruhig und schmalen-Rolle. Kommt er auf der Grundlage einer tonigen Behandlung eine aufwendige Zeichnung. H. Schürkel, Regnitz, in seinen Zeichnungen, eine gewisse Raschheit macht aber keine Bild-

Die Ausstellung: Deutschland und Oesterreich.

Wir haben hier vor kurzem schon mitgeteilt, daß in der Zeit vom 9. bis 28. Februar in der Ausstellungshalle des Künstlerbundes Schlesiens, Christophoriplatz, vom Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau die Wanderausstellung des Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums: „Deutschland und Oesterreich“ gezeigt wird. In dieser Ausstellung werden bekanntlich die sozialen Verhältnisse dieser Länder in verschiedenen Beziehungen durch bildliche Darstellungen dem Betrachter näher gebracht. Um einmal die Methode der Darstellung zu zeigen, und damit sich unsere Leser ein Bild davon machen können, was in dieser Ausstellung u. a. zu sehen ist, ist nebenstehend die verkleinerte Wiedergabe einer der auszustellenden Tafeln abgedruckt. Diese Tafel stellt dar, welchen Anteil die Großmächte der Erde an der Gesamtbevölkerung der Erde haben. Jede der angeführten Figuren vertritt 100 Millionen Menschen. Man sieht daraus, daß schon der erste Blick auf die Tafel ganz sinnfällig das Größenverhältnis der Großmächte zueinander zeigt. Auf der rechten Seite ist dann diese bildliche Darstellung erläutert.

Zum Schluß sei noch einmal mitgeteilt, daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter Breslaus Eintrittskarten zu der Ausstellung durch ihre gewerkschaftlichen Verbände und deren Vertrauensleute erhalten können. Alles Nähere siehe die weiteren Veröffentlichungen.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau.

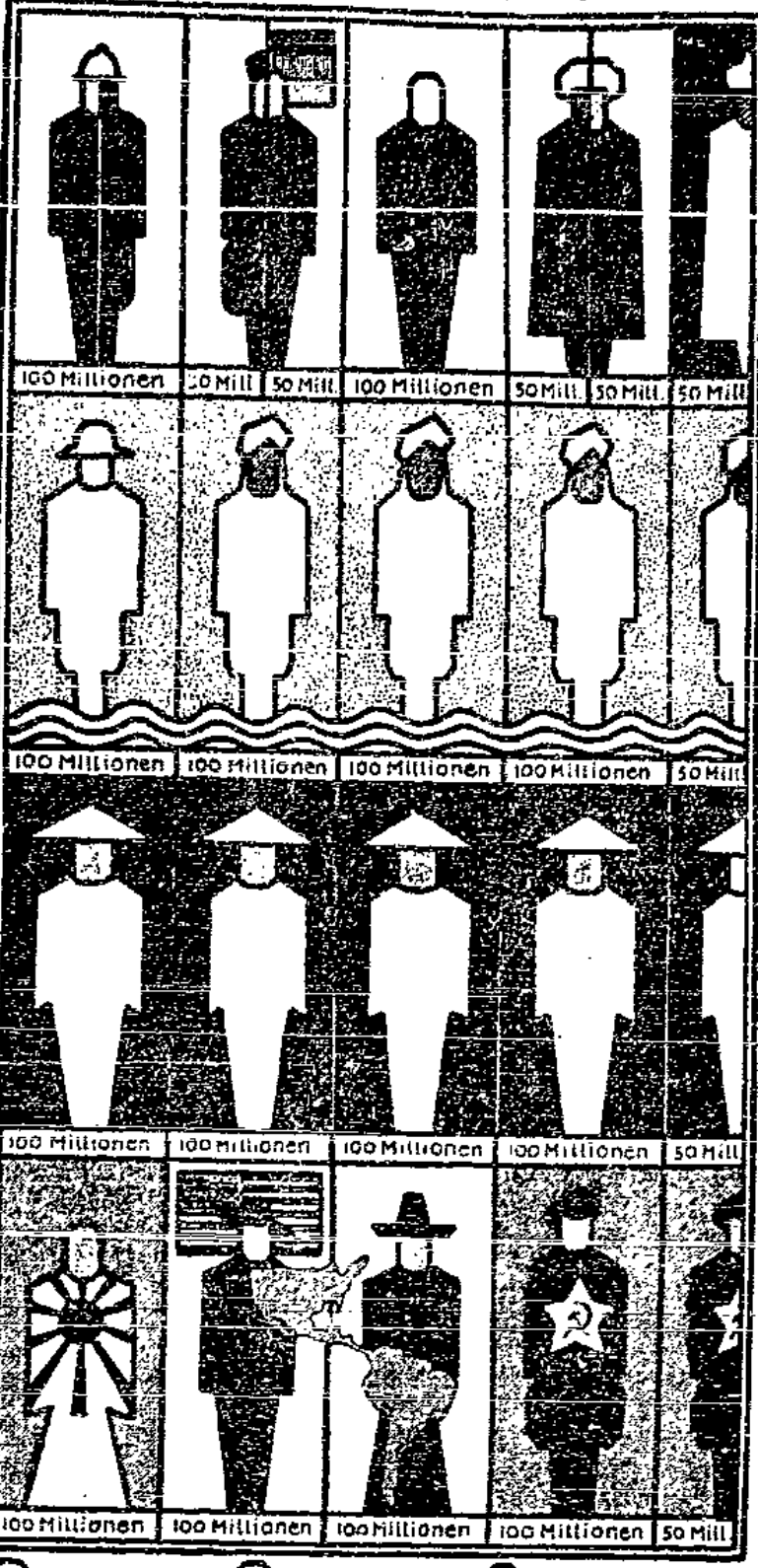
dem Glauben, dadurch der Kontrolle zu entgehen. Die Siftierten wurden durch eine starke Polizeikette nach der Kriminalwache im Hauptbahnhofe abgedrängt, wohin auch das 128 Raffen umfassende Stadtbüroregiment zum Zwecke der Kontrolle geschickt worden war. Kadaverhafte Elemente, die sich weigerten, sich auszuweisen, wurden sofort aus der Menge entfernt und in Gewahrsam genommen. Das wirklich reisende Publikum wurde durch die Razzia wenig beeinträchtigt. Insgesamt wurden 350 Personen überprüft, von denen acht Personen in Haft genommen worden sind, da sie wegen verschiedener Vergehen gesucht wurden. Weitere neun Personen wurden wegen ruhestörenden Lärms festgesetzt.

Armen-speisung durch die Polizei.

Während des Monats Februar werden aus der Küche der Polizeiunterkunft in der Bürgerwerder-Kaserne eine Anzahl bedürftiger Personen gespeist. Aus allen Revieren wurden Bedürftige ermittelt und in Vorschlag gebracht, die nun, dreißig an der Zahl, immer über den anderen Tag die volle Tagesration eines Schutzbeamten zugewiesen erhalten. Diese Speisungen, die vom Polizeipräsidium organisiert sind, werden aus einem bei der Breslauer Polizei bestehenden Sühnefonds bestritten. Bei diesem Sühnefonds handelt es sich um freiwillig gezahlte Geldbußen, die sich inkrimierte Personen nach harmlosen Zusammenstößen mit Polizeibeamten oder geringfügigen Verletzungen zu zahlen bereit erklären, wenn es nicht zu einem Termin kommt. Wenn sich dieses soziale Hilfswerk auch nur in so bescheidenem Umfange auswirkt, so ist es doch zu begrüßen, da es einigen armen Volksgenossen für kurze Zeit die Sorge um das tägliche Brot nimmt. Der Sühnefonds der Breslauer Polizei, der schon seit mehreren Jahren die Durchführung einer solchen Armenspeisung ermöglicht, ist ein Zeichen dafür, daß sich kleine Zwischenfälle des täglichen Lebens auf eine Art wieder umgekehren machen lassen, die einer Anzahl armer Menschen zu einer begrüßenswerten Unterstützung wird.

bilder zu gleichmäßig. Professor Klinger zeigt farbig aufglühende Alpenbilder. A. Böhes symbolisches Bild „Die Gedrügten“ ist in Komposition und Farbe doch nicht gefordert und abgerundet genug, um monumental zu wirken. Bei K. Bläsel, Kreuzburg (Oberhiesl.), stellt man sich vor dem ausstehenden Motiv „Döbshändler“ und der „Landschaft mit Holzstube“ die Frage nach der spezifisch landschaftlichen Bedingtheit in der Farbgebung, die manche Pflanzwelt doch ausgleichend beiträgt ist. K. Gade, Seitendorf, verleugnet auch diesmal nicht seine dem einzelnen nachgehende Veranlagung und ein behutsames Schwärmen bemüht sich, die Gefahr der Kleinlichkeit zu vermeiden. Brendgens Landschaft und Interieur zeigt nicht die sonst bisweilen etwas abfällige Schärfe. W. Abraham ist mit einigen dekorativ gezeichneten Bildern vertreten. Der Holzschnitt „Wäcker“ von B. Schmalzer läßt auch sein „Bildnis“ verstehen. G. Kleiners improvisierte flotte Hundeporraits werden von der „Zeichnung“, die Abstraktes meint, nicht erreicht. K. Kocks „Sufanna“, ebenso das „Spanische Sackmal“ und die „Kokerei“ kommen kaum über eine flüchtige Illustrationswirkung hinaus. Recht selbständig behauptet sich das Selbstbildnis und das „Spiegelbild mit Lampe“ von G. Jähr-Sauer, endlich gehen auch die Zeichnungen von H. Ronge und A. S. Hoffmann auf treue Erfassung des Gegenständlichen hinaus. Unter den Architekturdarstellungen, die gezeigt werden, ist die bemerksame die der Situation und dem Zwecke gleichermaßen ungezwungen dienende Studie eines Wohnendhotels im Jostengebirge von E. Lange. W. Anders zeigt u. a. Weißbierzeichnungen für ein Reformrealgymnasium in GutsMuth, P. Häusler für GutsMuth und Müllisch, H. Ronge Studien für ein Kino. Es wagt sich die Beobachtung hervor, daß wir uns doch wohl von zu einer zu starken Verallgemeinerung der Begriffe vom internationalen Stil für unser Bauen freihalten müssen. Der Vorschlag von Häusler für eine Bedienung des Eßsaalstrahlpfades vermag ebenso wenig wie die jetzige im Zusammenhang ausgefallene der Veräußerung abzuweichen, daß durch die Ausführung mehr als eine Art Verfallstufte erzeugt werden kann. Städtebau muß gerade an dieser Stelle des alten Breslau, sei es auch ein Kolosseum, das Freibleiben des Platzes noch immer als die günstigste Lösung betrachtet werden.

DIE MÄCHTE DER ERDE



Westarier Gelbe Rasse Sonstige Rassen

Erste Sonderfahrt 1928.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Im Verein mit der Reichsbahndirektion Oppeln veranstaltet die Reichsbahndirektion Breslau am 11. und 12. Februar eine Wochenendfahrt nach der Reichshauptstadt. Der Fahrkartenverkauf beginnt am 1. Februar. Mit den Fahrkarten werden Merkblätter verabfolgt, aus denen alles für die Fahrt Wissenswertes zu ersehen ist.

Der Sonderzug fährt im folgenden Fahrplan:

Hinfahrt:	Rückfahrt:
10,17 ab Brieg (16,80 Mark*)	an 7,47
10,33 ab Ohlau (16 Mark)	an 7,29
11,13 ab Breslau Hauptbahnhof (14,80 Mark)	an 6,39
11,56 ab Maltsch (13 Mark)	an 5,55
12,21 ab Liegnitz (12 Mark)	an 5,31
12,32 ab Berlin Schlesischer Bahnhof	an 0,22
17,46 ab Berlin Alexander-Bahnhof	an 0,07
17,46 ab Berlin Friedrichstraße	an 0,00
17,59 ab Berlin Zoo	an 23,48
18,06 ab Berlin-Charlottenburg	an 23,41

*) Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt (4. Klasse). Für Unterkunft und Unterhaltung in Berlin wird gefordert. Der Verkauf der Fahrkarten und der für die Veranstaltungen in Berlin erforderlichen Zulassungen beginnt am 1. Februar und schließt am 9. Februar, 19 Uhr. Die Unterkunft kann bei den Fahrkartenausgaben bestellt werden.

Die Fahrt findet jedoch nur bei genügender Beteiligung statt.

Gleichzeitig wird jetzt schon auf eine in Aussicht genommene mehrtägige Sonderfahrt nach München vom 17. bis 22. Februar aufmerksam gemacht. Es bietet sich dadurch Gelegenheit zur Teilnahme am Münchener Karneval und für Sportfreunde billige Gelegenheit zur Fahrt in die bayerischen Alpen. Mit den Bekanntmachungen zu dieser ersten längeren Fahrt wird in Kürze begonnen.

Vom Arbeitsgericht.

1314 unbezahlte Ueberstunden mit Erfolg eingeklagt. Ständige Ueberstundenarbeit scheint bei vielen Meistern des Baderergewerbes eine Selbstverständlichkeit zu sein, noch selbstverständlicher, daß man diese geleistete Mehrarbeit nicht zu bezahlen braucht. Ein besonders krasser Fall stand in den letzten Wochen in nicht weniger als sechs Terminen vor dem hiesigen Arbeitsgericht zur Verhandlung.

Der bei der Firma K. beschäftigte Baderergeselle W. verklagte, als er im Juli vergangenen Jahres von seinem Meister entlassen wurde, diesen auf Zahlung von 1314 geleisteter und nicht bezahlter Ueberstunden in der Höhe von 987,50 Mark. Das Gericht war ob solcher Forderung zunächst erstaunt. Der Beklagte fand die Sache „lächerlich“ und bestritt die Zahl der Ueberstunden. Aber durch drei Zeugen und seine Ehefrau konnte der Kläger nachweisen, daß er im Jahre 1926 an 228 Tagen und im Jahre 1927 an 103 Tagen täglich drei Ueberstunden geleistet hatte, die nicht vergütet wurden. Nunmehr erklärte der Beklagte, daß der Kläger durch sein bisheriges Stillschweigen auf besondere Bezahlung der Ueberstunden Verzicht erlassen habe und er durch diese nach seiner Entlassung erfolgten Klage „wider Treu und Glauben“ handele. Anderer Auffassung war das Gericht, das in der Urteilsbegründung sagte, der Arbeitgeber habe wider Treu und Glauben gehandelt, wenn er sich ohne weiteres über die geleisteten (Arbeitszeitnotverordnung) und tariflichen Verpflichtungen hinwegsetze. Der Anspruch des Klägers ist auch nach seiner Entlassung berechtigt. Die wirtschaftliche Zwangslage vieler Arbeitnehmer, namentlich in Baderergewerbe, bringt es mit sich, daß geleistete Ansprüche nicht geltend gemacht werden, um nicht entlassen zu werden. Der Arbeitgeber macht sich bei Ueberarbeit ohne Bezahlung nicht nur zahlungspflichtig, sondern auch strafbar. Der Beklagte wurde zur Zahlung der vollen geforderten Summe in der Höhe von 987,50 Mark verurteilt.

Dieses Urteil ist von besonderer Bedeutung, da gerade im Baderergewerbe, trotz großer Arbeitslosigkeit, die meisten Ueberstunden geleistet werden. Der obige Kräfte Fall, der aber nicht berechnelt heißt, macht aber besonders die Ueberbezahlung, die einmal ein wenig näher sich die Arbeitsverhältnisse anzusehen.

Die russischen Gewerkschaften.

Eine Studie des Internationalen Arbeitsamtes.

Kämpfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften in diesem Frühjahr ausgefochten. Die kommunistischen Querstreifer werden bei allen diesen Kämpfen, ähnlich wie jetzt bei der Ausperrung der mitteldeutschen Metallarbeiter, nicht müde werden, den Gewerkschaften Knipfel zwischen die Beine zu werfen. Es trifft sich daher gut, daß loeben eine auf sowjetrussischen Quellen aufgebaute Studie über die russische Gewerkschaftsbewegung der Öffentlichkeit vorgelegt wird. Die vom Internationalen Arbeitsamt gegebene Darstellung „Die Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland“ sollte von jedem Gewerkschaftsfunktionär genau studiert werden und darüber hinaus in die besten Kreise der organisierten Arbeiterwelt eindringen; denn diese Darstellung gibt zum ersten Male ein klares Bild über die Gewerkschaftsentwicklung in Sowjetrußland, und damit zugleich jedem Arbeiter die Erkenntnis mit auf den Weg: Die Russen können von der deutschen Gewerkschaftsbewegung immer noch etwas lernen. Nach vielen Irr- und Umwegen kommen sie schließlich doch an, wo die deutschen Gewerkschaften längst stehen.

Die Darstellung des Internationalen Arbeitsamtes zerfällt in drei Teile: Die kommunistische Theorie vom Gewerkschaftswesen und ihre Anwendung, die Gewerkschaftspolitik und schließlich die Wirtschaft und Sozialpolitik der Gewerkschaften. Das Kapitel über die Theorie, z. B. über die revolutionären Ziele der Moskauer Gewerkschaftsauffassung, über die Ablehnung jeder parteipolitischen Neutralität, über die starke Betonung der Industrieverbände, über die Aufgabe der Gewerkschaften unter der Diktatur des Proletariats usw. bringt für den halbwegs unterrichteten Gewerkschaftler nicht viel Neues. Interessanter wird die Darstellung bei dem Kapitel über die Durchführung der kommunistischen Gewerkschaftstheorie während des kommunistischen Regimes in der Zeit von 1917 bis 1921. Die Ergebnisse des kommunistischen Regimes zeigen folgendes Bild: Zu Ende 1919 haben die Gewerkschaften in allen Zweigen des wirtschaftlichen und politischen Lebens ihren Platz erobert, so stark, daß die kommunistische Partei sich zu der Feststellung gebrängt hat: Die Gewerkschaften sollen sich allmählich in Hilfsorgane des proletarischen Staates umwandeln, doch darf nicht das Gegenteil eintreten. Die Gewerkschaften waren in der kommunistischen Periode das Mädchen für alles. In allen möglichen Staatsorganen waren sie beteiligt. Die Verstaatlichung der Gewerkschaften war zwar nicht legalisiert, aber doch praktisch nahezu durchgeführt. Auf dem Gebiet der Organisation und des Arbeitsschutzes waren die Gewerkschaften seit 1919 nahezu unumschränkt herrschend. Während des Bürgerkrieges verwandelten sie sich auch

in Mobilisationsbüros und wurden zu Zweigämtern des Kriegskommisariats. Die kommunistische Partei setzte es durch, daß die Gesamtheit der Arbeiter den Gewerkschaften angehörte, mit Ausnahme jedoch der Bauern und der früheren bürgerlichen Klasse. Der Beitritt erfolgte zwangsweise, nicht freiwillig. Die kommunistischen Gewerkschaften hatten das Organisationsmonopol ähnlich wie die Faschisten in Italien.

Aber das alles war nur ein vorübergehender, anormaler Zustand, war nur möglich in der kommunistischen Sturm- und Drangperiode. Als im Jahre 1920 nach außen wie innen die militärischen Vorgänge beendet waren und die wirtschaftliche Arbeit und die Wiederherstellung der Volkswirtschaft in Angriff genommen werden sollten, kam auch für die Gewerkschaften ihr Damaskus. Lenin trat mit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik den großen Rückzug an. Die Produktion mußte neu organisiert werden; Entwicklung der Privatinitiative, Reingewinn und Rentabilität spielten wieder eine Rolle, gegenüber der Entwicklung der Privatbetriebe und bald auch gegenüber den nationalisierten Betrieben mußten die Interessen der Arbeiter verteidigt werden. Bei der Schlichtung von Streiks mußten die Gewerkschaften mehr und mehr vor dem Arbeitskommissar als dem Obersten Schlichter zurücktreten. Von Verstaatlichung der Gewerkschaften war jetzt nicht mehr die Rede. Nach Einführung der „NEP“ (Neuen ökonomischen Politik) besteht die Hauptaufgabe der Gewerkschaften in der Verteidigung der Interessen der Arbeiter, das heißt vor allem im Ausbau der Kollektivverträge und in der Festlegung der Arbeitsbedingungen und Lohnsätze mit den privaten oder amtlichen Arbeitgebern. Der Streik wird wieder mehr zugelassen, wenn auch nur ausnahmsweise. Die Gewerkschaften müssen sich mit der Rolle einer der beiden Parteien in den rechtmäßig auf paritätischer Grundlage eingeleiteten Schlichtungsorganen begnügen. Sie haben sich genau wie die Arbeitgeber dem amtlichen, vom Arbeitskommissar organisierten, Schiedsgericht zu unterwerfen. Die Erziehung zum Kommunismus bleibt den Gewerkschaften nur in der Freizeit der Arbeiter möglich.

Der Umbruch, der sich mit der Einführung der neuen Wirtschaftsordnung vollzog, führt zugleich auf dem Gebiet der Organisation zu tiefgreifenden Veränderungen. Der erste Schritt ist die Rückkehr zum freiwilligen Anschluß; es folgt der Abbau der finanziellen Unterstützung des Staates, schließlich die individuelle Beitragsleistung usw. Diese organisatorischen Veränderungen, das heißt die Umstellung in der Gewerkschaftspolitik, sollen in einem besonderen Aufsatze behandelt werden.

Verhärfung des Kampfes in Mitteldeutschland.

Solidaritätsvertrag zwischen der rheinisch-westfälischen und mitteldeutschen Großindustrie.

Dortmund, 29. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Wie unser Korrespondent erfährt, haben rheinisch-westfälische Großindustrielle die zuständigen Stellen in Berlin wissen lassen, daß sie wegen der allgemeinen Auswirkungen des Konflikt der mitteldeutschen Industrie an den Vorkäufen in erheblichem Maße interessiert sind. Aus diesem Grunde erlachten sie die zuständigen Stellen, bei ihren Beschlüssen die allgemeinen und gemeinsamen Interessen der mitteldeutschen und der rheinisch-westfälischen Industrie zu beachten. Wie verlautet, ist zwischen der mitteldeutschen und rheinisch-westfälischen Industrie ein Solidaritätsvertrag abgeschlossen worden, der eine finanzielle Unterstützung der durch den Arbeitskampf in ihrer Existenz bedrohten mitteldeutschen Werke aus dem Kampffonds der rheinisch-westfälischen Industrie vorsieht.

Eine Veröffentlichung der „Rheinischen Zeitung“ über die zwischen den mitteldeutschen Stahlwerken und der rheinisch-westfälischen Industrie geführten Besprechungen zur gegenseitigen Sicherung hat in Gewerkschaftskreisen außerordentliches Aufsehen hervorgerufen und zu einer erheblichen Verkürzung der Lage geführt.

Das Allerneueste.

Ein Arbeitsgericht untersagt Streikunterstützung.

Wie die „Völkische Zeitung“ aus Dresden meldet, hat das Dresdener Arbeitsgericht auf Antrag der Arbeitgeber eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach es den Gewerkschaften unter der üblichen Strafandrohung verboten wird, den streikenden oder ausgesperrten Arbeitern der sächsischen Hüttenindustrie Streikunterstützungen zu zahlen.

Nächstens wird man wohl die Gewerkschaften überhaupt verbieten. Bei solcher, gelinde gesagt, Verzerrung der Rechtsbegriffe ist alles möglich.

Vor neuen Arbeiterentlassungen auf den Saargruben.

Aus Saarbrücken wird gemeldet: Am Sonnabend nachmittag waren die Vertreter der Saargrubenorganisationen zu Besprechungen auf der Bergwerksdirektion eingeladen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß trotz aller Bemühungen bessere Abmachungen nicht gefunden worden seien. Es bliebe nichts anderes übrig, als die freigesetzten Belegschaften oder Entlassungen vorzunehmen. Man habe sich dahin abzugeben, Ende Februar weitere 4000 Mann der Belegschaften entlassen. Die Vertreter der Organisationen wurden aufgefordert, zu den geplanten Maßnahmen Stellung zu nehmen. Eine Einigung kam nicht zustande. Es sollen weitere Verhandlungen in nächster Zeit stattfinden.

Ein außerordentlicher Verbandstag des Deutschen Chorknircher- und Bühnenerverbandes.

Der dem VfV-Bund angegeschlossen ist, fand dieser Tage in Frankfurt statt. Der Tagung wohnte als Vertreter des VfV-Bundes Reichstagsabgeordneter Kuchtauer bei. Nach dem Geschäftsbericht bezifferte sich der Mitgliederstand Ende 1927 auf 3472. Durch eine Aenderung der Satzungen wurde den Chören, Leitern, Mitgliedern und Eltern von Tanzgruppen die Erwerbung der Mitgliedschaft ermöglicht. Der Verband wird künftig den Namen „Deutscher Chorknircher-Verband und Tänzerbund e. V.“ führen.

Scharf beurteilt wurde von der Tagung die Gegenkonvention des Deutschen Bühnenerverbandes, die einzelnen Mitgliedern des Vereines unter Androhung von Sanktionen verbietet, über die Gegenhörsitzung von 1000 Mark hinauszugehen. Wie der Verbandsvorsitzende Friede- mann mitteilte, will der Verband durch eine Festsetzungsfrage dem Arbeitsgericht die Konvention als gegen die guten Sitten

verstoßend anfechten. Eine Anzahl von Bühnen ist zur Zahlung höherer Gegen bereit gewesen, wurde aber durch die Konvention daran gehindert. Der durch die Konvention für die Mitglieder entstandene Einkommensausfall wird auf etwa 100 000 Mark beziffert.

Lohnbewegung in der britischen Schiffbauindustrie.

Die Gewerkschaften der britischen Schiffbauindustrie überreichten den Schiffbauunternehmern am Freitag eine Forderung auf eine wöchentliche Lohnerhöhung von zehn Schilling für alle in britischen Schiffbau beschäftigten Arbeiter. Die Gewerkschaften begründen dieses Verlangen damit, daß sich die Produktion der britischen Schiffswerften im Jahre 1927 gegenüber dem Vorjahre beinahe verdoppelt habe.

Bildungsbefehle der indischen Textilarbeiter.

Der Indische Textilarbeiterverband hat in Indore zwei Tages- und zwei Abendschulen errichtet, um seinen Mitgliedern die Anfangsgründe des Lesens und Schreibens zugänglich zu machen. Die gleiche Gewerkschaft beabsichtigt ferner die Gründung von Kinderkrippen, in denen die Kinder der arbeitenden Mütter während der Arbeitszeit Pflege und Ernährung finden.

Der Mangel an den elementarsten Volksschulkenntnissen ist das Haupthindernis, das der Entwicklung der indischen Gewerkschaftsbewegung im Wege steht.

Das Steigen der Arbeitslosigkeit in Frankreich dauert an.

In der Woche zum 21. Januar ist die Zahl der voll unterkügten Arbeitslosen von 16 519 auf 17 272 gestiegen. In Paris sind allein 2838 Bauarbeiter und 2081 Metallarbeiter als beschäftigungslos registriert. Im übrigen hält auch die Abwanderung der ausländischen Arbeiter unvermindert an.

Gewerkschaftsaufbau in Belgien.

Der Gewerkschaftsgedanke hat in der letzten Zeit unter den arabischen Arbeitern Palästinas Fuß gefaßt. In den größeren Städten des Landes haben sich Komitees gebildet, die für zentralisierte Berufsverbände als Grundstock dienen sollen. Diese Komitees haben sich an den Führer der ägyptischen Arbeiterbewegung, Maghet Zabah, der zugleich sozialistischer Abgeordneter des ägyptischen Parlaments ist, mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Sie haben um die Überwindung der Statuten der ägyptischen Gewerkschaften und um organisatorisch geschulte Kräfte nachgesucht, mit deren Hilfe eine arabische gewerkschaftliche Arbeiterorganisation errichtet werden soll.

Wirtschaft.

Um die Eisenpreiserhöhung.

Maßnahmen des Reichswirtschaftsministers.

Ueber die vom Reichswirtschaftsministerium angeforderte Aktion gegen die Eisenpreiserhöhung erfährt der „Sozialdemokratische Pressedienst“ folgendes: Für den 6. Februar hat der Wirtschaftsminister Besprechungen zwischen den Eisenproduzenten und Eisenverarbeitern angesetzt. Bei diesen Besprechungen soll in erster Linie die Preisfestsetzung für Süddeutschland erörtert werden. Am 8. Februar findet eine weitere Sitzung, die sich u. a. mit den internationalen Vereinbarungen in der Eisenindustrie beschäftigt, statt. Erörtert werden sollen alle Verträge und Abmachungen, denen die Eisenindustrie, nach dem Fall, ihre Monopolstellung und ihre Monopolpreise zu verdanken hat.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Haushaltsauschuß des Reichstages am Sonnabend die eingeleitete Aktion gegen die Eisenpreiserhöhung damit begründet, daß die Ausnutzung monopolistischer Stellen durch die Erzeugerartikler zur Schädigung der deutschen Gesamtwirtschaft führt. Er halte es für notwendig, ein Warnungssignal auszusprechen, um für

die Zukunft Ueberrassungen vorzubeugen. In demselben Anlaß, der seinerzeit den Verhandlungen über die Genehmigung des Eisenpaktes teilgenommen habe, beachtete er, die ganze Eisenpreiserhöhung zu erörtern, insbesondere wolle er auf die Lasten einwirken, daß die süddeutschen Eisenverarbeiter durch die Eisenpreiserhöhung besonders benachteiligt sind.

In Uebereinstimmung mit dieser Auffassung hat der Reichswirtschaftsminister am Sonnabend angeordnet, daß ihm künftig Abkürzungen aller zur Durchführung der nachgenannten Kartellverträge getroffenen Beschlüsse, Vereinbarungen und Verfügungen, soweit sie Regelung der Preise oder Geschäftsbedingungen betreffen, einzureichen sind, und daß Maßnahmen dieser Art erst nach Zugang der Abkürzungen in Kraft treten. Unter diese Anordnung des Ministers fallen u. a. Verträge der Rohstoffgemeinschafter, des Stahlvertrages, der Eisenverarbeitungsvereinigung, des Großblechverbandes und des Walzdrahtverbandes. Der Minister fügt sich bei seinem Vorgehen auf den § 4, Absatz 1, Ziffer 3, der Kartellverordnung und rechtfertigt seinen Schritt durch den Hinweis, daß die Art der Durchführung der (oben genannten) Vereinbarungen, wie in dem im Januar 1928 beschlossenen Preise- und Geschäftsbedingungen für Walzdrahtzeugnisse zum Ausdruck gekommen ist, die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl gefährdet.

Grüne Woche in Berlin.

Am Sonnabend wurde in Berlin die Grüne Woche eröffnet, die, verglichen mit der Ausstellung im vorigen Jahre, eine starke Bereicherung und Vertiefung aufzuweisen hat. In der Eröffnungsversammlung sprach Reichsernährungsminister Schiele, der das Protektorat der Grünen Woche übernommen hat, u. a. über die Krisen in der Landwirtschaft, die nur durch eine auf Abschaffung der Einfuhren hinzielende Handelspolitik, durch Selbsthilfe, durch Heranziehung der neuesten Erzeugnisse der Wissenschaft und Technik und durch Anpassung der Landwirtschaft an die Ansprüche des Konsums und die modernen Absatz- und Handelsorganisationsfragen zu überwinden seien. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger wies auf die Bedeutung des Waldes und der Jagd für Wirtschaft und Ernährung hin. Als Vertreter der Stadt Berlin sprach Oberbürgermeister Böck und als Beauftragter des Reichsverbandes des deutschen Gartenbauers der bekannte Wionier des Frühlingsbaues, Direktor Grobner.

Um die Ausstellung weiten Kreisen zugänglich zu machen, werden von den wichtigsten deutschen Städten Sonderzüge nach Berlin eingeleitet. Sie fahren zum erstenmal von Hamburg am 4. und 5. Februar, von Uckerleben, Magdeburg und Dessau am 5. Februar ab.

Steigende Verdienste in der Elektro-Industrie.

415 000 Mark Entschädigung für die Aufsichtsräte. 12 Prozent Dividende.

Die elektrotechnische Industrie steht seit Jahren in einer Periode ständig steigender Hochkonjunktur. Seit der Stabilisierung der Mark haben sich die Umsätze der großen Elektro-Kongerne von Jahr zu Jahr gesteigert. Auch für das Jahr 1927 wird zum Beispiel bei der AEG eine Steigerung des Absatzes gegenüber dem Vorjahre um mehr als die Hälfte gemeldet. Die Aufsichtsräte des größten deutschen Elektro-Kongerns (Siemens-Schudert-Werke und Siemens & Halske) haben die Abschüsse für das am 30. September 1927 zu Ende gegangene Geschäftsjahr genehmigt. Die Abschüsse weisen Rekordgewinne und eine wesentliche Steigerung der Dividende auf.

Bei der Siemens & Halske A.-G. steigerte sich der Reingewinn von 15,348 Millionen auf 18,851 Millionen Mark. Die wöchentliche Gewinnteigerung wird man erst aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erkennen können, die in einigen Wochen vorgelegt werden. Allem Anschein nach müssen sich die Profite gegenüber dem Vorjahre stark erhöht haben. So steht der Abschluß unter anderem eine besondere Rücklage von 5 Millionen (gegenüber 2,5 Millionen im Vorjahre) vor. Auch die Herren Aufsichtsräte haben sich eine Lohnerhöhung bewilligt. Dem Aufsichtsrat werden nämlich in diesem Jahre 415 000 Mark zugewiesen, während der vorjährige Abschluß „nur“ 298 000 Mark vorlag. Die Dividende wird von 10 auf 12 Prozent heraufgesetzt. Der größte elektrotechnische Konzern in Deutschland zahlt also dieselbe Dividende wie die J. G. Farbenindustrie, woraus zu schließen ist, daß die große Industrie in Deutschland 12 Prozent als angemessene Rente, als Standard-Dividende, betrachtet.

Bei den Siemens-Schudert-Werken wird die Dividende nur von 8,5 Prozent auf 9 Prozent erhöht. Diese niedrigere Dividende erklärt sich aus den veränderten Kapitalverhältnissen der erst im vorigen Jahre in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Siemens-Schudert-Werke. Mit schlechteren Rentabilitätsverhältnissen hat die Niedrighaltung der Dividende nichts zu tun. Der Reingewinn der Siemens-Schudert-Werke selbst erhöhte sich von 12,175 Millionen auf 14,78 Millionen Mark.

Die Bauhüttenbewegung, ihr Wesen, ihr Ziel und ihre Entwicklung. Für die deutschen Gewerkschaften kurz dargestellt von A. Ellinger. Preis 50 Pfennige. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin, S. 14. Die Stilllegungsandrohungen der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, deren Ausführung die deutsche Wirtschaft auf das allerhöchste erschütterte, zahlreiche Arbeiter- und bürgerliche Existenzen vernichtete und die Arbeiter und Verbraucher in schwerste Abhängigkeit von den Kapitalgewaltigen bringen würde, hat, wie keine andere Maßnahme, die Unabstimmbarkeit der privatkapitalistischen, auf den Eigenruhm gestellten Wirtschaftsordnung auch den Kreisen gezeigt, die bisher den auf die Durchsetzung der Gemeinwirtschaft gerichteten Bestrebungen teilnahmslos oder ablehnend gegenüberstanden. Es ist ihnen klar geworden, daß ein solcher Mißbrauch des Besitzes der Produktionsmittel unmöglich sein würde, wenn sie der Allgemeinheit gehörten und an die Stelle der Privatwirtschaft eine den allgemeinen Bedürfnissen des ganzen Volkes gerecht werdende Bedarfswirtschaft treten würde. Wird die gesamte Erzeugung so eingerichtet, daß ein jeder Volksgenosse die für ihn geeignete Tätigkeit unter Schonung seiner Arbeitskraft in rationalster Weise ausüben kann, dann werden die Verlustquellen der kapitalistischen Wirtschaft infolge unrationeller Betriebsführung, Aussperrungen, Streiks und Arbeitslosigkeit verschwinden und das Land wird aus der Welt verschwinden. Einen wichtigen Schritt zur Erreichung dieses Zieles stellen die Konsumgenossenschafts- und Bauhüttenbewegung dar. Ueber die Entwicklung der letzten, nun seit sieben Jahren bestehenden Bewegung, ihr Wesen und ihre Ziele, unterrichtet die Schrift von A. Ellinger in eindrucksvoller Weise. Sie zeigt die Ursachen der Entstehung der Bauhüttenbewegung und die zu überwindenden Widerstände, zeigt, daß es gelang, die Bauhüttenbewegung innerlich so zu festigen, daß sie heute einen Wirtschaftsfaktor darstellt, mit dem auch die Gegner rechnen müssen. Diese streng sachliche Darstellung wird allen Gewerkschaftlern, Gewerkschafts- und Parteifunktionären willkommen sein, weil sie ihnen in allerklarster Form alles Wissenswerte über die Bauhüttenbewegung vermittelt, deren Endziel die Gemeinwirtschaft an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft ist.

Vor dem Balle sollte man nie versäumen, Zähne und Mund mit der Kaliklora-Zahnpasta zu pflegen. Gerade beim Tanz- und Ballgespräch muß der Atem frisch und rein sein.

80s Große Tube

Durch Kaliklora weiße Zähne!

Kleine Tube 50s

Eisenbahnunglück in Indien.

170 Kilometer von Rangoon (Indien) sind die Lokomotive, zwei Gepäckwagen und drei Personenwagen dritter Klasse des Zuges Mandalay-Rangoon von einer Brücke herabgestürzt. 22 Personen wurden getötet, 28 zum Teil schwer verletzt. Das Unglück wurde durch ein Verbrechen hervorgerufen.

„S. R. III“ auf einem Kriegsschiff.

Dem in Friedrichshafen für Amerika gebauten Luftschiff „Los Angeles“, dem früheren „S. R. III“, ist es dieser Tage gelungen, auf einem in voller Fahrt befindlichen Muttereschiff, der „Saratoga“ zu landen. Die Landung wird offiziell noch geheim gehalten.

Todesfälle nach einer Impfung in Australien.

Nach einer Impfung gegen Diphtherie, wozu das Serum von dem australischen Gesundheitsdepartement geliefert worden war, sind elf Kinder in Bundaberg gestorben. Sechs weitere schweben in Lebensgefahr.

Riefenbetrügereien in einem Berliner Lombardhaus.

Die Berliner Kriminalpolizei stellte fest, daß der Inhaber des Berliner Allgemeinen Lombard- und Lagerhauses, Paul Bergmann, nicht nur Waren belieh, sondern sich vor allem beträchtliche Kapitalien dadurch verschaffte, daß er seine Waren gleichzeitig an eine ganze Reihe von Geldgebern als Sicherheit verpfändete, denen er 36—48 Prozent Zinsen versprach. Als die Kriminalpolizei überraschend in den Betrieb eindrang, wurden außer gefälschten Wechseln auch zahlreiche gefälschte Lombardscheine vorgefunden. Die Waren waren den Geldgebern, die einer vom anderen nichts wußten, bis zu 17 mal als Sicherheit verpfändet worden. Während das vorhandene Warenlager nach vorsichtiger Schätzung höchstens eine Million Wert hat, stehen ihm mehr als 3 Millionen an aufgenommenen Darlehen gegenüber. Die Zinsforderungen der Geldgeber wurden mit Hilfe der neu aufgenommenen Summen befriedigt. Bei der Fälligkeit der Wechsel und der Lombardscheine erwies sich ein gewisser Salinger als tüchtige Hilfskraft. Außer dem Berliner Betrieb unterhielt Bergmann noch vier Filialen, und zwar in Hamburg, Hannover, München und Breslau. Bergmann wurde am Sonnabend in seiner Villa und Salinger auf offener Straße festgenommen. Sämtliche Geschäftsbücher sowie die ausgedehnte Korrespondenz wurden beschlagnahmt und zur Prüfung den Sachverständigen überwiesen. Der Betrieb wurde polizeilich geschlossen und die Räume versiegelt.

Spurlos verschwunden.

In Mecklenburg-Strelitz erregt das Verschwinden dreier Personen innerhalb kurzer Zeit Aufsehen. Gestern ist eine Frau Ministerialrat Nied aus Neustrelitz verschwunden. Sie wurde von ihren Bekannten in Friedland zum Zuge gebracht, ist aber am Bestimmungsort nicht eingetroffen.

Vor kurzem brachte der Kaufmann Seehof aus Seehof seine Kinder nach Neubrandenburg zur Schule. Er wollte abends zurückfahren und wurde auch noch auf dem Bahnhof gesehen. Er ist aber zu Hause nicht angekommen. Ebenfalls vor einiger Zeit begab sich ein Koffachmann, der in der Umgegend von Neubrandenburg beim Drechsel beschäftigt war, auf die Reise nach Zehdenick, ist aber dort nicht eingetroffen. Auch von diesem Vermissten liegt keinerlei Spur vor.

Bestätigte Todesurteile.

Vor dem Schwurgericht in Weiden war der Fabrikarbeiter Karl Müller wegen fünffachen Mordes fünfmal zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Müller hatte vom Jahre 1923 bis 1925 seine Ehefrau, seine drei Kinder und seinen Schwiegervater durch Arsenik vergiftet, um in den Besitz der Erbschaft der ersten Frau zu kommen. Die gegen dieses Urteil von Müller eingelegte Revision wurde vom 1. Strafsenat des Reichsgerichts am Freitag verworfen.

Der Landarbeiter Josef Bytzykowski war vom Schwurgericht in Raumburg am 4. November 1927 wegen Raubmordes zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Der Angeklagte hatte im Februar 1920 in der Nähe von Lützen zwei jüdische Kaufleute überfallen, ermordet und sie beraubt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom 1. Strafsenat des Reichsgerichts ebenfalls verworfen.

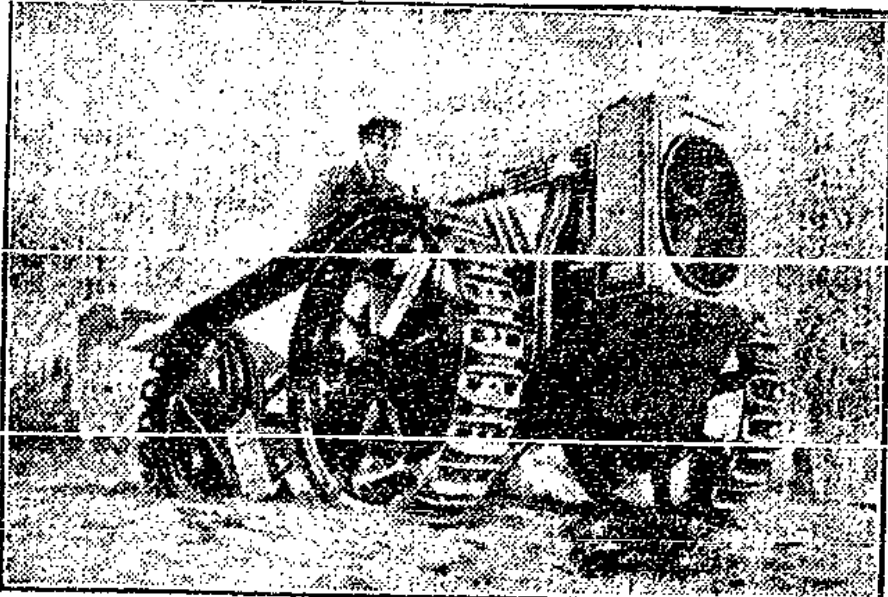
Diebstähle im Preussischen Landtag.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages wurde am Sonnabend von allen Parteien lebhaftest Klage über die zunehmende Unsicherheit im Landtage geführt. Präsident Bartels mußte mitteilen, daß allein im Januar für Diebstähle im Landtag vorgekommen sind, bei weiteren Diebstählen sind sogar in den Verwaltungsräumen erlitten worden. In einem Falle mußte ein wertvoller Beleg im Betrage von 2000 Mark ersetzt werden. Nach der Ansicht des Kriminalpolizei liegen politische Gründe für diese Diebstähle nicht vor. Auch in anderen öffentlichen Verwaltungsbehörden ist in der letzten Zeit wiederholt eingebrochen worden, unter anderem bei der Oberrechnungskammer und im Reichswirtschaftsministerium. Man nimmt an, daß es sich um die Taten eines gewerbsmäßigen Behördendiebes handelt.

Eine feine Majorsfamilie.

In Berlin treibt zurzeit die Familie des Majors a. D. duard von Müller wieder ihr Unwesen. Der Major, der drei Jahre lang unter dem Namen Oberst a. D. v. Hallandt in seiner Frau und seinem erwachsenen Sohn Axel in deutschen Kapitänen und Kurorten herumtrieb, lebte planmäßig von Zechelereien, Vagierbetrug und Marenzschwindel. Am 9. März vorigen Jahres konnte die Familie in Bad Hilsberg endlich festgenommen werden. Als die drei Schwindler nach Klärung des Sachverhaltes wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, benutzten ihre Freiheit sofort zu neuen Betrugsmanövern. Inzwischen läßt der Major in Weizsäcker in der Wüste eines berüchtigten verschiedenen Schwindelers. Am Freitag ist die Familie aus einer Pension in der Kleiststraße in Berlin, wo die Rechnung bezahlt zu haben, spurlos verschwunden. Müller hat die kurze Zeit seines letzten Berliner Aufenthaltes dazu benutzt, einen wertvollen Beleg und verschiedene Leihungsbücher zu erfindeln, dabei hatte er sich als ein berberkulant a. D. von Ewald ausgegeben.

Die „Grüne Woche“ eröffnet.



Die große landwirtschaftliche Heerschau, die alljährlich unter der Bezeichnung „Grüne Woche“ die Vertreter der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Bauerntums, sowie alles, was zur Fortwirtschaft und zur Jagd Beziehungen hat, in Berlin vereint, ist eröffnet worden. Ein 28-PS-Raupenpflug in der Ausstellung.

Ein gefährlicher Fabrikbrand

entstand in der Nacht zum Sonnabend in einem Gebäude in der Schönhauser Allee in Berlin. Als die Feuerwehr herbeieilte, schlugen bereits helle Flammen aus Türen und Fenstern der Fabrikräume. Dichte Rauchschwaden waren inzwischen auch in die über den brennenden Räumen gelegenen Wohnungen gedrungen, deren Bewohner laut um Hilfe riefen. Mit Hilfe mehrerer Stehleitern gelang es den Feuerwehrleuten, in die gefährdeten Wohnungen einzudringen und zwei Frauen und zwei Männer herauszuholen. Auch der übrige Bewohner des gefährdeten Teiles des Gebäudes hatte sich eine große Erregung bemächtigt. Das Feuer konnte jedoch bald gelöscht werden. Ein Fabrikraum und ein Kellerraum sind vollkommen ausgebrannt.

Erneute Ablehnung der Haftentlassung Ruppolds.

Der angesehene Nachlasspfleger Ruppold wurde Freitag der Strafkammer des Landgerichts III in Berlin zu einem, nach den Vorschriften der zwei Monate von Amts wegen vorzunehmenden mündlichen Haftprüfungstermin vorgeführt. Die Anwälte Ruppolds beantragten Haftentlassung wegen eines schweren Herleidens des Häftlings. Seitens des Gerichtsarztes wurde jedoch begutachtet, daß Ruppold zwar herzkrank, aber nicht unfähig sei. Darauf lehnte das Gericht den Haftentlassungsantrag ab und wies gleichzeitig die von den Anwälten angebotene Sicherheitsleistung in Höhe von 10 000 Mark ab, da bei der zu erwartenden hohen Strafe auch bei dieser Sicherheitsleistung Fluchtverdacht vorläge.

Der Raubmörder Kriebach wird auf seinen Geisteszustand untersucht. Der Raubmörder Kriebach in Berlin, der in einem Eisenbahnzuge mit einem Hammer die 21jährige Dora Perste erschlagen und ihr die Handtasche geraubt hatte, wird auf Antrag seines Rechtsanwaltes auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Der Antrag des Anwaltes erfolgte, weil Kriebach gegenüber den Folgen seiner Tat und dem keines-haltenden Schicksals völlige Gleichgültigkeit an den Tag legte.

Geheimnisvoller Mordversuch.

Sonnabend abend klingelte in Berlin ein unbekannter Mann an der Tür einer Wohnung im Norden der Stadt und feuerte dann auf die ihm öffnende 36 Jahre alte Wohnungsinhaberin ohne weiteres mehrere Schüsse ab, die die Frau schwer verletzten. Laut um Hilfe rufend stürzte die Getroffene die Treppe hinunter, brach aber auf dem Hofe zusammen. Der Täter eilte ihr nach, hob die Frau die Waffe an die Schläfe und drückte wiederum mehrmals ab. Die Waffe verjagte aber, weil der Verbrecher bei der Verfolgung die Patronen verloren hatte. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Strassenbahnunfall.

Auf dem Alexanderplatz in Berlin kam am Sonnabend der 33jährige Arbeiter Emil Borries beim Abspringen von einem fahrenden Strassenbahnwagen so unglücklich zu Fall, daß er sich eine schwere Rückenmarkverletzung und eine Lähmung beider Beine zuzog.

Der Aufluz-Clan leat die Masken ab.



Die vielgenannte und berüchtigte amerikanische Geheimorganisation hat den Beschluß gefaßt, die Masken abzulegen, nachdem in Alabama das Tragen dieser Masken unter Strafe gestellt war. Der mit Recht bekämpfte Terroristenbündel wurde 1865 in den Vereinigten Staaten gegründet, und wandte sich ursprünglich gegen Neger, bis 1871 ein Bundesgesetz sein Treiben verbot. Der Aufluz-Clan war dann Jahrzehnte hauptsächlich bei Lynchgerichten gegen Neger tätig, bis er im Weltkrieg erneut großen Aufschwung nahm. Seine gemeingefährliche Tätigkeit riefte ihn dann gegen Sozialisten und Gewandwerker, Juden und Neger.

Eine Räuberbande ausgehoben.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei Anführer einer gefährlichen Verbrecherbande, die in der Umgegend von Berlin eine ganze Reihe von Gewalttaten ausgeführt hat, zu verhaften. Es handelt sich um den Steinläger Oskar Stein und den Arbeiter Heinrich Fridin aus Münchberg bei Berlin. Zwei ihrer Komplizen, die Arbeiter Max Müller und Fritz Dörmann, sind flüchtig, doch ist ihnen die Polizei bereits auf der Spur. Die Bande hat unter anderem am 17. November den Bahnhofsmeister einer Kleinbahn, der Lohngeber bei sich hatte, niedergeschlagen und beraubt, und am 17. Januar einen Raubüberfall auf die Tochter und die Witwe eines Wassermühlenselbstbesizers ausgeführt. Bei diesem Überfall hatten sich die Verbrecher maskiert und die beiden Frauen mit vorgehaltener Pistole in Schach gehalten. Der eine der Verhafteten hat bereits zugegeben, an beiden Raubüberfällen beteiligt gewesen zu sein; der zweite leugnet noch, ist aber ebenfalls überführt. Die bei dem einen Raubüberfall benutzten schwarzen Masken wurden bei Stein und Müller in deren Wohnungen gefunden.

Ein schwerer Einbruch

wurde in der Nacht zum Sonnabend in ein Modeatelier in der Mohrstraße in Berlin verübt. Die Täter gelangten mit Nachschlüssel auf den Hof, sprengten das Schußgitter der Fensterscheiben und erbeuteten Modelfleider im Werte von 6000 bis 8000 Mark.

Selbstmordversuch eines Kindes.

In Teltow bei Berlin verfuhrte sich die elfjährige Tochter des Arbeiters Böhm aus der Lindenstraße 1 in Abwesenheit der Eltern mit Gas zu vergiften. Das Mädchen wurde erst nach mehreren Stunden von der heimkehrenden Mutter bemerkt und aufgefunden. Es gelang, das Kind ins Leben zurückzurufen. Man nimmt an, daß es aus Furcht vor Strafe den Selbstmordversuch unternommen hat.

Die Bücherdiebstähle in Frankfurt a. M.

In der Untersuchung gegen den des Diebstahls wertvoller alter Bücher der Stadtbibliothek in Frankfurt a. M. beschuldigten Privatgelehrten Dr. Kogler ist jetzt insofern eine interessante Wendung eingetreten, als der Privatgelehrte plötzlich aus Frankfurt nach einem unbekanntem Wohnort verschwunden ist. Seine Adresse konnte bisher nicht ermittelt werden. Von einer Verhaftung hatte man bisher absehen müssen, da die städtische Bibliotheksverwaltung keine bestimmten Angaben über die gestohlenen Bücher machen konnte. Durch die Flucht des Dr. Kogler kann aber als einwandfrei festgestellt gelten, daß es sich hier um von ihm ausgeübte Diebstähle handelt.

Eisenbahnunfall in Straßburg.

Sonnabend früh fuhr auf dem Straßburger Bahnhof ein von Kethau kommender Personenzug auf einen anderen Personenzug auf. Sieben Reisende wurden verletzt. Auf dem Bahnhofe Hausbergen kam bei einem Zusammenstoße von zwei Güterzügen ein Zugführer ums Leben.

Rundfunk und Generalalarmdrast.

Seit Donnerstag war die Alarmanlage der Potsdamer Feuerwehrlöcher, die in die Privathäuser der Feuerwehrlöcher führt, gestört. Bei einem Brande wäre es nur möglich gewesen, die im Depot befindlichen Feuerwehrlöcher zu alarmieren. Durch genaues Abgehen der Leitungen hat man jetzt die Ursache der Störung festgestellt. In der Elisabethstraße hatte ein Rundfunkhörer seine Rundfunkleitung an den Alarmdrast der Feuerwehrlöcher angeschlossen und dadurch 18 Leitungen außer Betrieb gesetzt.

Die hegenere Typhus-Epidemie

hat sich im Laufe des Freitags und Sonnabends weiter ausgedehnt. Im ganzen sind bisher 43 Typhuserkrankungen festgestellt worden; fünf davon verliefen tödlich. Weitere Erkrankte schweben in Lebensgefahr. Unter den Erkrankten befinden sich auch mehrere schulpflichtige Kinder. Die schnelle Ausbreitung der Epidemie ist darauf zurückzuführen, daß die ersten Typhustranken anfänglich auf Grippe behandelt und nicht von anderen Patienten isoliert wurden.

Bluttat eines Reichswehrpolitens.

Vor dem Bahnhof in Siegen stand Sonntag morgen ein Reichswehrpolit ein jungen Mann, der ihn angerempelt hatte, mit dem Seitengewehr nieder. Die Verletzungen waren so schwer, daß an dem Aufkommen des jungen Mannes gezweifelt wird. Der Soldat wurde verhaftet.

Schüsse auf Straßenpassanten.

Der 24 Jahre alte Badergehilfe Gerhard Fichter aus Langfuhr bei Danzig gab gegen 10 Uhr abends in der Nähe des Langfuhrer Uffagen-Parkes auf sechs Vorübergehende, wahrscheinlich in einem Unfall von Geistesgestörtheit mehrere Revolverhülsen ab. Der in Obereschleien heimatisierte Student Gerhard Hoppe von der Technischen Hochschule und ein Fräulein Anne-Marie Hohlfeld aus Langfuhr wurden schwer verletzt. An dem Aufkommen des Fräulein Hohlfeld wird gezweifelt. Der Täter richtete darauf die Waffe gegen sich selbst und war sofort tot. Fichter ist seit längerer Zeit arbeitslos und soll nervenkrank gewesen sein.

Selbsttötung eines Mörders.

Der 32 Jahre alte Versicherungsvertreter Wiestle stellte sich Freitag früh in Danzig der Polizei mit der Beschuldigung, die 28 Jahre alte Frau Pahl, bei der er zwei Zimmer bewohnte, ermordet zu haben. Die Mordkommission stellte fest, daß Frau Pahl durch zwei Revolverhülsen getötet worden war. Der Täter gab an, daß er zusammen mit der Getöteten Selbstmord verüben wollte.

Beschlagnahmtes Schmuggelware.

In Herzogenrath wurde an der holländischen Grenze ein Mann aus Aachen mit seinem Kraftwagen angehalten, der den Zollbeamten verdächtig vorkam. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß der Wagen einen doppelten Boden hatte, in dem sich mehrere Zentner Kaffee befanden. Schmuggelware und Kraftwagen wurden beschlagnahmt.

Fabrikbrand.

In einer Fabrik in Cleveland (Ohio) entstand ein Brand, der auf das benachbarte Bäckereigebäude übergriff und dort in mehreren Stockwerken beträchtlichen Schaden anrichtete. Auch ein nahegelegenes Turmgebäude und das Gefängnis waren vorübergehend durch den Brand stark bedroht.

Küchlein eines Kriegsveteranen.

Nach vierzehn Jahren aus Sibirien zurückgekehrt ist ein Mann, der zu Beginn des Krieges als schrecklicher Kriegsveteran in die deutsche Armee eintrat. Er geriet in russische Gefangenenschaft und wurde nach Sibirien gebracht. Seitdem waren seine Angehörigen ohne Nachricht von ihm. Dieser Tage ist der Mann plötzlich in seiner Heimat eingetroffen.

Aus Schlesien.

Ein Sechzigjähriger.

Sein sechzigstes Lebensjahr vollendet am 30. Januar der Reichstagsabgeordnete Franz Feldmann in Ober-Langendielau, erfreulicherweise in seltener körperlicher und geistiger Frische. Sein Lebensweg ist der Aufstieg eines Mannes, der sein Wissen nur sich selbst zu verdanken hat und der in seiner ganzen Lebensweise der schlichte Proletarier geblieben ist. Als Kind armer, schmerzhafter Eltern, wurde er in Schmerin (Meklenburg) geboren, besuchte die dortige Volksschule und erlernte das Buchbinderhandwerk. Der geistig rege Jüngling verließ bald seine engere Heimat und pilgerte nach Berlin. Hier wurde er von der sozialistischen Gedankenwelt erfasst. Trotz des Sozialistengesetzes war er bald in der illegalen Organisation eifrig tätig. Die Parteigenossen vertrauten dem jungen Manne bald das Amt des Redakteurs im "Proletarier" für den ersten Berliner Wahlkreis an.

Als am 1. Oktober 1890 das Ausnahmegesetz fiel, erschloß sich Feldmann ein neues Tätigkeitsgebiet. Im Jahre 1889 hatte August Kühn den "Proletarier aus dem Culengebirge" gegründet, dessen Redakteur Bogdanow die schwersten Bestrafungen erdulden mußte, bis er den deutschen Staat von seinen Füßen schüttelte. Der Verleger Kühn rief Genossen Feldmann als Redakteur nach Langendielau. Seit dem Sommer 1891 wirkte er nun unermüdet in Wort und Schrift. Reichlich 2 1/2 Jahre Gefängnis trug ihm sein Kampfgeist im alten Obrigkeitstaate ein; über fünfzig Prozesse hatte unser "Franz" zu bestehen und fast jede Nummer des "Proletarier" wurde konfisziert. Es war für Kühn und Feldmann wahrlich keine leichte Aufgabe, die Existenz dieses Parteiorgans zu erhalten, dessen Expeditionsverhältnisse dazu die schwierigsten waren; denn bis in die entlegensten Gebirgshütten mußte das Blatt gebracht werden. Beiden gelang es, das Blatt so auszubauen, daß es nun zweimal wöchentlich erscheint, finanziell fest verankert, als wirklames Sprachrohr der Partei im Reberbezirk dastehet. Nach dem Tode des Genossen Kühn (1916) wurde Feldmann auch der Geschäftsführer des "Proletarier". Feldmann wurde auch bald der beliebte Volksredner Schlesiens. Bald hielten ihn die Parteigenossen im Wahlkreise Schweidnitz-Striegau zum Reichstag auf. 1912 gelang es ihm gegen den konservativen Freiherrn v. Richte-hofen gewählt zu werden. Nach auf kommunalpolitischem Gebiete beteiligte sich Genosse Feldmann. Seit zwei Jahrzehnten wirkt er als Gemeindevorsteher und jetzt als Stadtdirektor in Langendielau. Trotz Berufsarbeit, parlamentarischer Tätigkeit, seiner großen Familie und der agitatorischen Betätigung wirkt er auch als Bezirksvorsteher, Vorsitzender des Ortsvereins und des Kreises in der sozialdemokratischen Organisation. Für einen Sechzigjährigen beweist dies eine festere Rüstigkeit. Möge ihm seine reiche Arbeitskraft noch lange zum Segen unserer Bewegung und zur Freude seiner Angehörigen erhalten bleiben!

Elektrifizierung der Bahnstrecke Görlitz-Breslau.

S.P.R. Am Sonnabend, den 28. Januar, wurde die Strecke Königszell-Breslau für den elektrischen Betrieb eröffnet. Mit diesem Tage tritt das Reich der elektrisch betriebenen Reichsbahn in Schlesien von Görlitz bis zur Provinzialhauptstadt Breslau. Aus diesem Anlaß hatten die Bahnhöfe der Strecke gesäubert, ferner hatte die Reichsbahn Vertreter der Behörden, der Industrie und der Presse zur Eröffnungsfahrt eingeladen. Die Breslauer Teilnehmer fuhren mit einem Sonderzuge, den noch eine Dampflokmaschine zog, von Breslau Freiburger

Bahnhof nach Königszell und nahmen unterwegs noch verschiedene Festteilnehmer auf. Reichsbahndirektionspräsident Dr. Worn begrüßte im Wartesaal des Bahnhofs Königszell die Erschienenen. In Breslau sprach später Bürgermeister Dr. Herzog. Unter den Gästen sah man unter anderem den Vertreter des Reichsverkehrsministeriums: Ministerialrat Geh. Baurat Kessler, als Vertreter der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft der stellvertretende Generaldirektor, Direktor Dr. Weirauch, die Reichsbahndirektoren Weidmann, Baumgarten, Feuerlein. Die Teilnehmer an der Eröffnungsfahrt versammelten sich zum Schluß im Festsaal des Hauptbahnhofs, wobei die üblichen Festansprachen gehalten wurden.

Ostoberschlesien-Ostpreußen.

Der Bau einer neuen Bahnstrecke, die in erster Linie dem Güter- und Kohletransport dienen soll, wird in nächster Zeit in Angriff genommen werden und Oberschlesien durch den polnischen Korridor hindurch mit Gdingen verbinden. Die Teilstrecken sind zum größten Teil fertiggestellt, nur der Abschnitt zwischen Hertz und Hohenstaube regt noch zu diesem Bau, der dann die Verbindung Oberschlesien-Gdingen endgültig macht, der polnische Ministerrat jetzt die Zustimmung gegeben hat. Man berechnet die Dauer der Bauarbeiten auf zwei Jahre.

Schweidnitz. Notstandsarbeiten beschlossen. In der Sitzung des hiesigen Stadtparlaments wurden 20 000 Mark bewilligt, und sollen damit Notstandsarbeiten, unter anderem die Kanalisierung des Kanonenweges, die Schlemmung des Generalstiches usw. durchgeführt werden. In der gleichen Sitzung wurde auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion die Vergrößerung der evangelischen Mädchenschule mit einem Kostenaufwand von 250 000 Mark genehmigt. — Um den Wohnungsbau zu fördern, beschloß die Versammlung, der Bauvereinschaft des Reichsbundes der Kinderreichen Baugelände für 2 Mark pro Quadratmeter abzugeben, anstatt für 3,50 Mark wie bisher.

Jobben. Die Gorkauer wollen nach Ströbel. Nachdem die Auflösung der Gutsbezirke vom Elacite angeordnet worden ist, machen sich in dem Gutsbezirk Gorkau Strömungen bemerkbar, die darauf hinauszielen, den Gutsbezirk Gorkau zu einer selbständigen Gemeinde zu machen. Führend betätigte sich bei dieser Aktion der Gutsbesitzer Pau aus Gorkau. Um nun aber endgültig Klarheit zu schaffen, und die Bevölkerung des Gutsbezirks selbst zu hören, war von der Eingemeindungskommission eine Einwohnerversammlung einberufen worden, die von 44 wahlberechtigten Gutsbezirkeinswohnern besucht war. Bei der Abstimmung stimmten 33 für die Eingemeindung nach Gorkau, 10 für eine Selbstständigkeit Gorkaus, und ein Wähler hatte sich der Stimme enthalten.

Reifen D.S. Ein Schüler erhält die Rettungs-medaille. Dem Schüler der hiesigen staatlichen Baugewerkschule, Franz Wasmulla-Katibor-Direg, wurde für die Rettung eines Menschen vor dem Tode des Ertrinkens unter Einwirkung des eigenen Lebens vom Staatsministerium die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Hindenburg. Schon wieder die Bahnstrafen. Durch die Geistesgegenwart eines Chauffeurs wurde hier ein großes Unglück verhütet. Der Führer eines städtischen Autobus, der seinen Wagen vor den geschlossenen Schranken des Bahnüberganges an der Luisenstraße in Jaborje angehalten hatte, ließ ihn anfahren, nachdem die Schranken wieder hoch gegangen waren. In dem gleichen Augenblick kam ein Güterzug heran, ein Ausweichen für den Autobuslenker war unmöglich, denn von der anderen Bahnübergangsstelle kam in schnellem Tempo ein Gelpann heran. Der Chauffeur rief mit aller Gewalt den Bremshebel herum und brachte dadurch seinen Wagen in eine Längsrichtung mit den Schienen in dem Moment, als der Zug nur wenige Zentimeter von ihm getrennt vorbeifuhr. Glücklicher Weise kamen die 15 Passagiere nur mit dem Schrecken davon. Durch das geistesgegenwärtige Handeln des Chauffeurs ist großes Unglück verhütet worden.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Neumarkter Allerlei.

Der Streit um den Wochenmarkt. — Der entthronte Schützenkönig. — Wenn man zu den "Seidene" will. — Einleitungsgesetz des Beamtenhauses Junkernstraße?

Ein großer Streit ist jetzt unter den Geschäftsleuten des Unter- und Oberringes über die Frage entstanden, wo in Zukunft der Wochenmarkt abgehalten werden soll. Die Geschäftsinhaber des Oberringes behaupten, daß die jahrzehntelange Uebung, den Wochenmarkt auf dem Unterring abzuhalten, sie wesentlich in ihrem Einkommen geschädigt habe. Dieser Kampf wird mit großer Energie geführt und hat sich soweit ausgeweitet, daß die Partei des Unterringes am Donnerstagabend im Saale "Zun gelben Löwen" eine öffentliche Protestversammlung abhielt und zu der, weil es sich um "ein Schauspiel für Götter" handelte, auch zahlreiche Neugierige erschienen waren. Es war köstlich zu hören wie es die Kaufmannschaft versteht, sich untereinander etwas an den Haaren zu ziehen. Der Magistrat wird sich mit der Sache befassen und Herr Hallisch, Neumarkts Wandervogel, dürfte sicherlich einen Ausweg finden. Für die Arbeiterchaft besteht natürlich keine Veranlassung, sich für diese oder jene der Parteilere einzusetzen, denn sie wissen, daß in Bergangeheit und Gegenwart ihnen stets recht großer Unbarm für geleistete Hilfe zuteil geworden ist. Letzten Endes ist es ein Streit — den sich die Brüder in Schritts erörtern können, wenn es recht ist, daß, wenn der Wochenmarkt nach dem Obermarkt verlegt würde, von dem wenigen, was noch vorhanden ist, schließlich nichts mehr übrig bleibt. Die Kaufmannschaft des Ober- und Unterringes sollte sich also andere Kopfschmerzen machen.

Wie in anderen Städten, so gibt es auch hier verschiedene Korps und Logen, so unter anderem ein 1. und 2. Bürgerkorps. Das Erstere nennt man das "Seidene", das zweite das "Baumwollene". Davon nicht aller Bruch in das "Seidene" Korps Aufnahme finden kann, müssen gewisse Vorbedingungen vorhanden sein. Meldet sich da kürzlich ein aus dem unteren Stande emporgestommener Kaufmann zur Aufnahme. Mit "spiegelblankem Braten" begibt er sich in das Tagungslokal und wartet in den unteren Gasträumen schlafenden Hergens auf die Volkshaus. Der Volkshaus erscheint auch — und bringt ihm zur Kenntnis, daß sein Aufnahmegesuch mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden sei.

Mit den Ansichten des Bürgertums über Ehr- und andere Begriffe ist es oft so eine Sache. Ein sprechendes Beispiel wie der Reif — so lange man ihn besitzt — auch die moralische Qualifikation bedeutet, ist die erfolgte Entthronung unseres Schützenkönigs. Der Dipl.-Ingenieur und Schützenkönig Walter Reil, ein Bruder des im Klassenkampf gegen die Arbeiter so rühmigen Stadtverordnetenversteheres Kurt Reil, ist in Konkurs geraten. In Konkurs geraten kann natürlich jeder Geschäftsmann und ein Konkurs bedeutet daher, nach unserer proleten-schaften Auffassung, keineswegs einen Wechsel der sonstigen Eigenschaften des Betroffenen. Anders denkt natürlich die Schützen-gilde, nach deren Satzungen auch Könige, Schützenkönige, natürlich nicht als Mitglieder geführt werden, die sich derartige Dinge zu schulden kommen lassen. Die Passiven dieses Konkurses dürften sich auf 80—100 000 Mark belaufen.

Als trauernde Hinterbliebene haben auch Kreis- und Ortskrankenpflege Ansprüche geltend zu machen. Es wäre der Krankenpflege aus dieser Erfahrung dringend zu empfehlen, daß die den Arbeitnehmern abgezogenen Beiträge beigetrieben werden, bevor sie die in diesem Fall sehr beträchtliche Höhe erreichen.

Mit dem Zusammenbruch der Firma Walter Reil hat sich der von ihm errichtete Bau des städtischen Beamtenhauses in der Junkernstraße solidarisier erklärt. Eine Senkung der untersten Balkenlagen brachte das gesamte Haus in höchste Gefahr. Nur schleunige Einziehung von Eisenträgern kann großes Unglück verhindern. Wen trifft hier die Schuld? Unseres Erachtens nach die Stadt. Hat der überall mit weißem Auge hinschauende Beigeordnete Herr Hallisch nichts gesehen? Draßlicher ist in Neumarkt noch nie Interessenpolitik betrieben worden, als unter dem örtlichen Regime Hallisch-Reil.



Es ist so weit! In wenigen Tagen be-
ginnen unsere sehnsüchtig erwarteten

Weißer Wochen!

Ein Berg von Weißen Waren jeglicher
Art liegt für Sie bereit. Welche Lust,
ihre blütenweiße Zartheit anzuschauen,
welche Wonne, ihre prächtigen Quali-
täten durch die Finger gleiten zu lassen.

Sicherlich die erhoffte Gelegenheit,
zur Vervollständigung und zur Be-
reicherung Ihres Wäscheschatzes.

Denn dank unserer oft bewiesenen,
überlegenen Leistungsfähigkeit
bekommen Sie bei uns alles ganz

überraschend billig!

Verlassen Sie's nicht und achten Sie
auf unsere folgende Bekanntmachung!

Beginn:
Mittwoch
den 1. Februar

LENDEMANN & CO. AG

